



Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur – der gesuchte Intermediär?

Line Bernstein

Sind die, die kommen, die Richtigen?

Partizipation und Koproduktion werden von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als wichtige Ermöglicher für eine resiliente, innovative und flexible Stadt gefordert und gefördert (siehe auch Beitrag von Svenja Bochinski, Jonas Drilling und Till Mayer in diesem Band). Über diese Forderung hinaus scheint weitreichende Einigkeit über den hohen Bedarf an mehr Agilität in Verwaltungen und Governance-Ansätzen mit kooperativen Steuerungsformen zu herrschen. Gleichzeitig häufen sich die Sammlungen der Instrumentarien und Werkzeugkoffer im Wunderkabinett der koproduktiven Stadt unter dem Motto: „Macht Stadt gemeinsam!“

Dieser Flickenteppich an Visionen und beispielhaften Leuchtturmprojekten scheint so außergewöhnlich, dass er den Kommunalvertreter*innen im Alltag unübertragbar erscheint. Viele Fragen der Beteiligung bleiben weiterhin unbeantwortet. Welche Formate sind wirkungsvoll und zukunftsfähig? Wen muss ich in der Entscheidungsfindung beteiligen? Wann ist eine kritische Masse erreicht, um repräsentative Ergebnisse zu liefern? Welche Gründe bringt Beteiligung hervor, diese zur Anwendung innerhalb der repräsentativen Demokratie zu bringen? Wer ist verantwortlich für die Bereitstellung von Beteiligung und Teilhabe? Wer ist legitimiert, in den Städten zu gestalten und welche Rolle tragen zukünftig die Verwaltungen?

Die Gefahr des Unkonkreten liegt in der Erwartungshaltung an Mitbestimmung, die bei Stadtmacher*innen, Politiker*innen und Verwaltung weit auseinanderliegen kann. Das fehlende Gesamtbild einer koproduktiven Stadt und die nur punktuell angedachten Details für Prozessgestaltung und Strukturen führen auf der einen Seite zu Unverständnis für das Thema und auf der anderen Seite zu Illusionen einer basisdemokratischen Stadt. Dies führt für beide Seiten zu Frust.

Als einen potenziellen neuen und landesweit agierenden Akteur für Teilhabe-Projekte, Bottom-Up-Initiativen, Ko-Produktion und partizipati-

ve Stadtplanung entwickelt das Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik das „Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur“. Dieser Akteur macht es sich zur Aufgabe, die Interessen gemeinwohlorientierter Initiativen zu vertreten, Projekte zu vernetzen und Lernprozesse zu beschleunigen.

What we owe our cities

Die „Neue Leipzig Charta“ (BBSR 2021) fordert eine gemeinwohlorientierte Stadt, die Voraussetzung für die Transformation aller Kommunen hin zu gerechten, grünen und produktiven städtischen Systemen ist. Das Gemeinwohl nimmt an dieser Stelle den Nachweis für die Lebensqualität einer Stadt ein. Warum wird an dieser Stelle dieser Begriff als unberührter Wert eingeführt? Welche Ziele hatten wir vor der Leipzig Charta für unsere Lebensqualität in den Städten, wenn es nicht das Wohl Aller war? Die Begrifflichkeit für das Wohl Aller ist in der Wachstumsgesellschaft nicht Gemeinwohl, sondern Wohlstand. Wohlstand steht, entgegen seiner wortwörtlichen Bedeutung, für den Lebensstandard über materiellen Besitz, der sich über Wachstum allmählich von Wenigen bis in die breite Masse der Bevölkerung verbreiten soll.

In der gesamtgesellschaftlichen Diskussion zeigt sich, dass diese Vorstellung in der Realität Grenzen hat. Angefangen bei den natürlichen Grenzen des Wachstums auf einem endlichen Planeten, sind die Indikatoren des Wohlstands, wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt, nur wenig aussagekräftig für die Erreichung des Ziels, das in dem Wohlergehen der Bevölkerung liegt.

Die Zeitenwende von der Wohlstandsgesellschaft hin zur gemeinwohlorientierten Gesellschaft trägt der Entwicklung Rechnung, dass sich die Versprechungen der Wachstumsgesellschaft nicht erfüllt haben. Die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert sich weiter und bezahlbarer Wohnraum ist trotz jahrzehntelanger Bauaktivitäten nicht verfügbar geworden. Im Rahmen dieser gesamtgesellschaftlichen Veränderung wird nicht mehr nur noch gefragt, wieviel wir produzieren, sondern zu welchem Zweck. In diesem Zweck können neben dem Wohlstand für ein weiter gefasstes Gemeinwohl Kriterien immaterieller Natur, beispielsweise wie Gesundheit, Bildung, Zeitnutzung, kulturelle Diversität, Gemeinschaftswerte und ökologische Nachhaltigkeit einfließen.

Dieser Diskurs aus dem Makrokosmos hat augenscheinlich auch Einzug in den Mikrokosmos ‚Stadtentwicklung‘ gefunden. Die Einführung des Begriffs Gemeinwohl ist Ausdruck dessen, dass wir auf dringender Suche nach neuen Indikatoren für das Wohlergehen der Menschen in ihrer Stadt sind. Viel zu lange sind wir den Versprechungen materieller Wohlstandsentwicklung in Stadt- und Raumentwicklung gefolgt. Nun scheinen wir uns zu fragen: Machen die sanierten Innenstädte unsere Einzelhändler*innen produktiver? Macht der Neubau am Stadtrand unsere Wohnraumverteilung gerechter? Schaffen Innenhofstrukturen in Blockbebauungen eine aktive Nachbarschaft?

Wir bemerken schnell, dass wir durch überholte Qualitätsindikatoren der Wachstumsgesellschaft zu falschen Lösungsansätzen gekommen sind. Wohnungsneubau schafft nicht mehr Gerechtigkeit und ein durchsanierter Straßenzug nicht zwangsläufig Lebensqualität in der Innenstadt. Das Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur sucht nach neuen Gemeinwohlindikatoren, die jenseits von materiellen Wohlstandsmaßstäben liegen und einen größeren Einfluss auf das Wohlempfinden von Stadtnutzer*innen haben.

We build this city

Beteiligung und Koproduktion ist für uns nicht nur Mittel zum Zweck. Getreu dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ plant das Zentrum für Beteiligungskultur Prozesse, die Identität über einen sozialen Konsens fördern, Persönlichkeitsentwicklung und Gemeinschaft ermöglichen und Menschen zur Selbstwirksamkeit beflügeln. Mit dem Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur (ZBK) schaffen wir¹ einen Akteur koproduktiver Stadtgestaltung. Er sieht sich als Unterstützer landesweiter Beteiligungsprojekte und fühlt sich verantwortlich für die Interessensvertretung zivilgesellschaftlicher Haus- und Raumprojekte einer lebendigen, enkeltauglichen Stadt.

Mit dem Akteur sollen Beteiligungskulturen bearbeitet und weiterentwickelt werden, damit diese nicht nur punktuell wirken, sondern einen dauerhaften Mehrwert in partizipativen Prozessen in der Stadtentwicklung entfalten. Das Zentrum für Beteiligungskultur sieht sich weder als Planungsbüro noch als exklusiver Verein: Vielmehr beschreibt es ein Kollektiv mit Haltung zu einem kulturellen Beteiligungsbegriff, welches Teilhabeprojekte einen Rahmen gibt, eine physische Anlaufstelle bietet und Stakeholder berät und vernetzt.

Das Zentrum für Beteiligungskultur möchte Inseln verbinden. Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Vereine, Wirtschaft und Kunst. Wir dürfen nicht den Fehler machen und glauben, diese Bereiche sind einander Gegenspieler*innen. Gemeinwohlorientierung muss nicht unwirtschaftlich sein, Verwaltung ist nicht das Gegenteil zivilgesellschaftlicher Interessen. Kunst, Wissenschaft und Verwaltung müssen mehr zusammenarbeiten, um zu diskutieren, wie Zukunftsziele und Wissen kommuniziert werden sollten. Der Umstand, dass Zivilgesellschaft und Verwaltung immer noch als Antagonisten gesehen werden, ist ein starker Indikator für das Versagen unserer Kommunikation. Das Zentrum für Beteiligungskultur steht für die Interessenvertretung der Zivilgesellschaft als Grundlage der Herstellung von Gemeinwohl: Dafür ist die Moderation unausweichlicher Konflikte in Prozessen der lokalen Demokratie von Nöten.

1 Das „Wir“ in diesem Kontext bezieht sich auf ein Kollektiv engagierter Personen in der Stadtentwicklung aus dem Umfeld des Quartiers für Alle e.V., dem Lösungslabor e.V., und der Bauhaus-Universität Weimar.

Je intensiver man sich mit neuen Leitbildern von Stadtentwicklung beschäftigt, desto mehr beginnt man zu verstehen, dass, obgleich unzureichende Planungsprozesse und Systemfehler erkannt wurden und Ziele eine deutliche Bestärkung hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung erhielten, dies nicht unbedingt bedeutet, dass stadtplanerische Ergebnisse nun besser werden. Die Zuschreibung „besser“ bedeutet in diesem Fall auch weder eine objektive Bewertung noch ist das Adjektiv auf ein singuläres Ziel ausgerichtet. Die große Faszination von innovativen Einzelprojekten führt zu starken Detailbildern, klammert jedoch das fehlende Gesamtbild einer neuen Planungskultur aus. Die Anziehungskraft zivilgesellschaftlicher Gestaltungskraft lässt vergessen, dass die Verantwortung für verbesserte Stadtquartiere nicht allein auf den Schultern benachteiligter und resignierter Gruppen liegen darf, sondern vielmehr ein geeigneter Intermediär – im Sinne einer Zwischenstruktur – erforderlich ist, der marginalisierten Gruppen Kontakt zu Institutionen und Trägerstrukturen auf Augenhöhe herstellen kann.

Die Entstehung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Stadtentwicklung mag als Hinweis zu verstehen sein, dass informelle Planungsprozesse nicht mehr ausreichen, den Bedürfnissen einer gemeinwohlorientierten Stadt gerecht zu werden. An dieser Stelle wird das zivilgesellschaftliche Engagement als Hoffnungsträger idealisiert und eine größere Wirksamkeit in dauerhaft nachhaltigen und anpassungsfähigeren Lösungen attestiert. Auch wenn die Neue Leipzig Charta einerseits ausführt, dass Kommunen im Interesse der Allgemeinheit handeln sollten, findet sich andererseits nur wenig später der Satz: „Eine gute Stadtentwicklungspolitik ist in der Lage, öffentliche, wirtschaftliche und private Interessen in Einklang zu bringen.“ (BBSR 2021) Wie gleichberechtigt können diese Interessen nebeneinander stehen? Während Verwaltungen noch mit der Legitimation zivilgesellschaftlicher Stadtentwicklung hadern und fehlende Nachfrage in konventionellen Beteiligungsformaten herrscht, wird den Stadtmacher*innen zu mehr vertrauensbildenden Maßnahmen in der Beziehungsbildung zu ihrer Verwaltung geraten (vgl. BBSR 2020: 147). Nach dem Motto „Liebe deine Verwaltung wie dich selbst!“ soll der Antagonismus zwischen verwaltungsinternen Planungsprozessen und einem zivilgesellschaftlichen inkrementellen Planungsverhältnis in Form einer Do-ocracy² aufgehoben werden. Dieser Verantwortungsverschiebung stehen wir aus zweierlei Gründen kritisch gegenüber:

Es lässt die ursächlichen Probleme außer Acht: Der Zivilgesellschaft wird die Verantwortung für den gemeinwohlorientierten Sektor übertragen, während das notwendige Vertrauen und die Möglichkeitsfenster zur Umset-

2 Begreift sich als Organisationsform, in der Handelnde sich selbst Aufgaben zuteilen und die Verantwortlichkeiten dafür übernehmen.

zung auch auf ihren Schultern lasten. Verwaltungen handeln dem gegenüber nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz und agieren mit selbstorganisierten und gemeinwohlorientierten Projekten genau wie mit Akteuren mit Verwertungsinteressen. Wenn jedoch die ungleichen Handlungsbedingungen und Zwecke nicht anerkannt werden, kann Beteiligung nur Makulatur sein.

Es lässt die Ungleichverteilung von Ressourcen zur Teilhabe außer Acht und priorisiert unreflektiert privilegierte Partizipation. Marginalisierte und benachteiligte Gruppen erhalten die Möglichkeit, ihre benachteiligte Position über Engagement selbst auszugleichen. Wer kann, der muss aber auch. Dabei ist Selbstwirksamkeit kein Ersatz für Solidarität. Schwierig wird es für diskriminierte Gruppen, wenn eingeschränkte Teilhabe ein Ausschlusskriterium an der Lösung darstellt. Auf diese Weise wirkt sich (mangelnde) Beteiligung an der Stadtentwicklung auch auf die Krise der Demokratie aus.

Erfahrungen in der Krise

Die Idee für ein Zentrum für Beteiligungskultur entstammt den Erfahrungen einer Bottom-Up Initiative und ist auf Engste verknüpft mit den oben genannten Kritiken an Stadtentwicklungspolitik. Das Beispiel der Alten Feuerwache Weimar (Alte Feuerwache Weimar e.V. 2022) zeigt, wie eine Projektinitiative aus der direkten Betroffenheit Lösungen für die eigenen Probleme entwickelt, in der Umsetzung darin mehr Hürden als Unterstützung erfährt und die Lösung in einen innovativen Strukturentwurf für resiliente Stadtentwicklung übersetzt. 2017 taten sich in Weimar mehrere Menschen zusammen, die in der Stadt keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden konnten. Über den Kauf der Alten Feuerwache im Rahmen eines Konzeptvergabeverfahrens sollte in der Innenstadt Weimars ein Mietshaus entstehen, dass sich selbst gehört, bezahlbaren Wohnraum anbietet und über soziale Flächen in das Quartier hineinwirkt.

Seit 2022 wird nun auf dem Gelände (um-)gebaut. Doch institutioneller Rahmen und Förderkulisse erschweren die Realisierung wichtiger Vorhaben in diesem Kontext: Zum einen wollte sich die Initiative mit beantragter Wohnraumförderung vor der Verdrängung aus der Stadt retten und unkündbaren, unverkäuflichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen – doch die Förderkulisse des Freistaats Thüringen ließ sich schließlich nicht auf selbstverwalteten Wohnraum anwenden. Auch ein Förderantrag für Bundesmittel der Städtebauförderung musste scheitern, weil es für die Projektgruppe keinen formalisierten Weg gab, ohne die Zustimmung von Verwaltung oder Stadtrat eine Bewerbung vorzulegen. Aus diesen Erfahrungen des Scheiterns wurde das Zentrum für Beteiligungskultur geboren.

Darüber hinaus wurde in Zeiten der Corona-Pandemie deutlich, wie wichtig Räume der Begegnung in Innenstädten sowie Förderungen gemeinwohlorientierter Initiativen über Mikro-Budgets sein können. Dies soll anhand

zweier Projekte, die im Rahmen des Projekts „Post-Corona-Stadt“ in Weimar zwischen 2020 und 2022 realisiert werden konnten, veranschaulicht werden.

Die pandemiebedingte Isolation führte bei Vereinen und gemeinwohlorientierter Initiativen zu eingeschränkter Teilhabe und Wirksamkeit (siehe auch Beitrag von Sophia Fiedler, Victoria Grau und Noa Wilhelmi in diesem Band). Dieser Entwicklung entgegenwirkend erprobte das ZBK das Konzept eines Stadtlabors als Pop-Up Programm in einer leerstehenden Fleischerei in der Weimarer Innenstadt. Mit einem Open Call wurde für Nutzungsideen des Stadtlabors aufgerufen. Gleichzeitig wurden etablierte Vernetzungsformate, wie Barcamps und Zukunftswerkstätten in das Veranstaltungsangebot aufgenommen. Abschließend wurde das Format als wirksam, erforderlich und besonders nachgefragt durch die Nutzer*innen des Open Space bewertet. Das Projekt ermöglicht Sichtbarkeit, unbürokratische Beratung und eine Schnittstelle in die Stadtverwaltung.

Eine weitere unbürokratische Unterstützung neuer Stadtentwicklungs-ideen konnte in dem Konzept von Mikroförderung gefunden werden. Aus der Quartierfondsvergabe im Rahmen einer Auftaktveranstaltung bildete sich das neue Netzwerk der Zukunftsinitiativenstammtische heraus. Das einfache Vernetzungsformat hat sich zu einer komplexen Veranstaltung entwickelt. Die Kombination aus Projektbereisung, Impulsvortrag und verkürztem Barcamp-Format ermöglicht Motivation, Wissen und Kontakte für die Engagierten. In der Verbindung mit der als Bieterkreis organisierten Vergabe der Projektfonds entsteht auf diese Weise ein zivilgesellschaftliches Stadtentwicklungsforum (siehe zu ähnlichen Erfahrungen in Altenburg auch den Beitrag von Svenja Bochinski, Jonas Drilling und Till Mayer in diesem Band).

Gemeinwohl für alle von allen

Das Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur (ZBK) möchte landesweit Orte initiieren und unterstützen, in denen Stadtentwicklungspolitik zugänglich und erfahrbar wird. Neue Moderationstechniken und buntes Ideenclustern reichen als Werkzeugkasten lange nicht mehr aus. Neue Planungsprozesse sind Demokratietarbeit und müssen diskriminierungsfrei zugänglich gemacht werden. So wie Bibliotheken ein revolutionärer Gedanke für die Bildung waren und Museen für die Kunst, müssen Stadtlabore in die Städte und Kommunen, um Informationen und Teilhabe in der Stadtentwicklung barrierefrei zu ermöglichen.

Zivilgesellschaftliche Akteure haben in den vergangenen Jahren wirkungsvolle Ansätze für drängende Zukunftsfragen entwickelt: Gründungslabore für ökonomische Teilhabe, gemeinschaftliches Wohnen in der Generationenfrage, Kulturelle Zentren für mehr Bleibeperspektive und Leerstandentwicklung gegen das Stadt-Land-Gefälle. Diese Konzepte jenseits der Pilotprojekte auch anderen Kommunen zu ermöglichen, ist das Ziel eines aktiven Scoutings

und Coachings ausgehend vom ZBK. Für die Kommune bietet das Angebot Wissenstransfer und kommunikative Arbeit mit den Projektinitiativen.

Für die Zivilgesellschaft ist das ZBK eine frei zugängliche Bibliothek der Stadtentwicklung. Es ermöglicht Projektberatung, Potentialanalysen, Aufklärung, Interessensvertretung und Selbstwirksamkeitserfahrungen. Als ständiges Begleitprogramm liefert es kostenlose Infrastruktur, Zugang zu bundesweiten Netzwerken und Immobilienbörsen. Dabei können verschiedene Prototypen angewendet und erprobt werden, von denen zwei anschließend genauer erklärt werden:

- Stadtlabore & Gründerlabore (siehe unten)
- Immobiliengründerhöfen als unterstützende Veranstaltungsreihen für selbstverwaltete Projekte (z.B. Wohnraumhöfen, siehe unten)
- Stammtischformate und dazugehörige Quartiersfonds als basisdemokratische Bieterkreise
- Kreative, prozessorientierte, koproduktive Transferwerkstätten
- Dachgesellschaft für selbstverwaltete, renditefreie Immobilienprojekte

Wohnraumhöfen für nutzer*innengetragene Projekte

Immobilien sind „zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Städten und ländlichen Räumen selbstorganisiert, solidarisch und in Kooperation mit Partnern Immobilien für sich und ihre Nachbarschaft entwickeln[...]“ (Netzwerk Immobilien e.V. 2022). Solche Hausprojekte sind in den vergangenen Jahren bundesweit entstanden. Dem alternativen Weg in der Nische der Wohnraumversorgung konnten sie trotz hoher Nachfrage noch nicht entfliehen. Um die Barrieren zu verringern und neue Projekte anzustoßen, existieren multiple Instrumentarien der Förderung und Kommunikation (Tsvetkova 2022: 28ff.). Gleichwohl scheint in der Initiation eines Bottom-Up-Projekts von oben ein Widerspruch zu liegen. Leuchtturmprojekte vermitteln den Hang zur Unvergleichlichkeit und scheinen durch besondere Rahmenbedingungen entstanden zu sein. Kommunen zweifeln an der Übertragbarkeit auf ihre speziellen Voraussetzungen und sind demgemäß auf der Suche nach der besonderen Immobilie, den herausragenden Engagierten oder dem personellen Möglichkeitsfenster innerhalb der Verwaltung, bevor sie sich an das Experiment von Immobilienprojekten wagen.

Das Zentrum für Beteiligungskultur bietet Kommunen einen greifbaren Weg, wirkungsvoll Impulse für die Entstehung neuer selbstverwalteter Hausprojekte zu setzen. Ziel ist die Ermöglichung eines solchen Projekts außerhalb der Nische und die Zugänglichkeit für eine größere Bevölkerungsschicht. Der Prototyp „Wohnraumhafen“ ist ein Impulsformat, welches über mehrere Monate Kommunen und neu gegründete Projektgruppen begleitet und sie in der Entstehung neuer Hausprojekte unterstützt. In dem Ablauf des „Wohnraumhafens“ finden sämtliche Techniken des Scoutings und Coachings neuer

Projekte zum passenden Zeitpunkt ihre Anwendung. Das Kollektiv greift dabei auf sämtliche Instrumentarien der Vergabe, Beratung, Trägerstrukturen und sonstiger Gründungshilfen zurück. Beispiele aus dem Kollektiv umfassen die Alte Feuerwache Weimar, ein selbstverwaltetes Quartiersprojekt mit innovativem Planungs- und Belegungskonzept sowie die WerkBank Weimar, ein renditefreies Kreativhaus mit Gründerlabor + Co-Working in Eigentum der Community. Diesen außergewöhnlichen Projekten liegen jedoch meist höchst übertragbare Initiationsriten zugrunde, die sich Nachahmer*innen zunutze machen können. Der Schlüssel ist in diesem Fall das gesicherte Aneinanderketten von Voraussetzungen, die über infrastrukturelle Unterstützung, Vernetzung und eine qualifizierte Immobilienvergabe den Entstehungsprozess wirkungsvoll moderiert.

Stadtlabore als Räume für Stadtgestaltung

Anders als die Partizipationsleiter von Sherry R. Arnstein (1969) zur Klassifikation von Bürgerbeteiligungsverfahren folgt das ZBK keiner hierarchischen Wertung von Bürger*innenkontrolle als höchster Form der Beteiligung. Das Stadtlabor ermöglicht die Teilhabe an Stadtentwicklung jenseits der Gründung eines eigenen Immobilienprojekts und sieht sich diesem auch nicht unterlegen.

Das Stadtlabor ist ein Begegnungsort, der systematisch gegen fehlende Responsivität, mangelnde Teilhabe und die Verantwortungsverschiebung auf die Zivilgesellschaft vorgehen will. Statt leerer Empowerment-Worthülsen geht ein Stadtlabor zielorientiert fragend auf Stadtnutzer*innen zu und bindet sie unvoreingenommen in aktuelle Projekte der Stadtentwicklung ein. Anstatt Beschwichtigung oder Diskriminierung findet sich im Stadtlabor eine Bearbeitung der ursächlichen Auslöser von Politikverdrossenheit, Ohnmacht und Abgehängtseingefühle. Multikausale Probleme können nicht auf kleine fragmentarische Planungsprobleme reduziert werden. Ein Stadtlabor ist daher immer auch darauf ausgerichtet, die Auseinandersetzung über die materiellen und diskursiven Voraussetzungen an der Teilhabe der Stadt zu moderieren (siehe Beiträge von Anton Brokow-Loga und Mario Rund in diesem Band).

Stadtlabore können in ihrer Zielausrichtung variieren und wurden durch das Kollektiv des ZBK beispielsweise zur Adressierung von Leerstand, zur Belegung von Innenstädten oder der Begleitung von Beteiligung in Top-down-Prozessen genutzt. In einem Stadtlabor werden themenspezifisch experimentelle Aufsuchungs- und Aktivierungsformate erprobt. Es ist ein wiederkehrendes, zeitlich beschränktes Format mit einem offenen, inklusiven Charakter. Entgegen der etablierten Meinung „Die, die kommen, sind die Richtigen!“ ist ein Stadtlabor stets bestrebt, Menschen zu beteiligen, die nicht für sich selbst sprechen können. Über ein Stadtlabor übernimmt eine Kommune die Verantwortung für die Beziehung, die sie zu ihren Stadtnutzer*innen hat.

Bundesweit steigt das Misstrauen der Menschen in die Demokratie, die in ihren Augen nur unzureichend Teilhabe und Repräsentanz ermöglicht. Während es zu der Frage nach den Stakeholdern von Beteiligungsprozessen und ausreichenden Datenerhebungen keine abschließende Antwort gibt, kämpfen rein zivilgesellschaftliche Projekte um ihre Legitimation und die Anerkennung von Gemeinnützigkeit. Neben den vielfach kritisierten fehlenden Strukturen und Prozessen für Beteiligung, konstatiert der Antagonismus zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft überdies fehlende Transparenz und Kommunikation. Während das Potential und die Verantwortung der Zivilgesellschaft idealisiert wird, zweifeln die Kommunen deren Legitimität und Gemeinwohlorientierung an. Obwohl die positiven projektbezogenen Ergebnisse bei zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht von der Hand zu weisen sind, muss dennoch die Frage nach den Wurzelproblemen für Demokratieverdrossenheit und stark privilegierter Beteiligung gestellt werden.

Das Zentrum für Beteiligungskultur soll ermöglichen, den Diskurs zu den grundlegenden Fragen der Stadtplanung zu öffnen. Wie entwickelt eine Stadt eine Beteiligungskultur? Wie motiviere ich Menschen, ihre Bedürfnisse in Beteiligungsprozessen zu formulieren? Wie stelle ich Begegnung und Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteuren und Gebieten der Stadtentwicklung her? Die unterschiedlichen Prototypen wie beispielsweise der Wohnraumhafen oder Stadtlabore sollen echte Beteiligungskultur jenseits leerer Teilhabeversprechen und Verantwortungsverschiebung schaffen. Das Zentrum für Beteiligungskultur ist angetreten, um auf die Systemkrise hinzuweisen und langfristig passgenau neue Strukturen zu entwickeln.

Literatur

- Alte Feuerwache Weimar e.V. (2022): Über uns. Online verfügbar unter <https://feuerwache-weimar.de/start.html> (letzter Zugriff 24.11.2022).
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Planning Association, Vol. 35, No. 4, July 1969, S. 216-224.
- BBSR (2020): Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Koproduktion im Quartier. Einzelpublikation.
- BBSR (2021): Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Einzelpublikation.
- Netzwerk Immovielen e.V. (2022): Über uns. Online verfügbar unter <https://www.netzwerk-immovielen.de/ueber-uns/> (letzter Zugriff 24.11.2022).
- Quartiere für Alle e.V. (2022): Über uns. Online verfügbar unter <https://quartiere-fuer-alle.de/ueber-uns> (letzter Zugriff 24.11.2022).



Tsvetkova, Larisa (2021): Vielfalt der gemeinwohlorientierten Projekte: Fluch und Segen.
In: Holm, Andrey / Laimer / Christoph (Hrsg.): Gemeinschaftliches Wohnen und
selbstorganisiertes Bauen. Wien: TU Wien Academic Press S.125-135.